



Von Einstellungen, Sichtweisen und Unsicherheiten

Ergebnisse aus einer Untersuchung zur sozialräumlichen Integration von Flüchtlingen in Köln und Mülheim an der Ruhr



Jürgen Friedrichs, Felix Leßke, Vera Schwarzenberg

Auf einen Blick

- Die Studie findet grundsätzlich positive Einstellungen zu Flüchtlingen und Flüchtlingsunterkünften in Wohngebieten vor.
- Es zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in unseren Untersuchungsgebieten: Mülheim-Saarn und Köln-Rondorf wirken aufgrund der Sozialstruktur vertretbar für die Unterbringung von Flüchtlingen. In Köln-Ostheim, einem Gebiet mit niedrigem Bildungsniveau und niedrigem Einkommen, gibt es mehr Ablehnung.
- Für den Integrationsprozess ist es demnach zielführender Flüchtlingsunterkünfte in Mittel- und Oberschichtsgebieten zu errichten.
- Kontakte zu Flüchtlingen fördern die Sympathie und können dabei helfen, Vorurteile abzubauen. Es erscheint daher wichtig, Schnittstellen zwischen der Anwohnerschaft und den Flüchtlingen in den Unterkünften zu schaffen.
- Es bedarf dringend klarer Regelungen und Verfahrensweisen, um konsistentere Entscheidungen bei der Bearbeitung von Asylanträgen zu erreichen.

Im Rahmen der Kölner Flüchtlings-Studien wurden in drei Städten Deutschlands drei verschiedene Perspektiven in Bezug auf die Integration von Flüchtlingen untersucht: Mit Hilfe von knapp 90 Expert_inneninterviews konnte ein Eindruck über die strukturellen Integrationsbedingungen und -chancen gewonnen werden; über die Motivation zur Integration und die Schwierigkeiten im Integrationsprozess gaben die rund 80 Flüchtlingsbefragungen Aufschluss. Besonders hervorzuheben ist die Befragung von insgesamt rund 2200 Anwohner_innen, die in zwei Wellen erfolgte und in jeweils zwei Wohngebieten mit mindestens einer Flüchtlingsunterkunft durchgeführt wurde: in Hamburg (Harvestehude und Bergedorf), Köln (Ostheim und Rondorf) und Mülheim an der Ruhr (Mitte und Saarn). Im Folgenden wollen wir uns aufgrund der Förderungsstruktur der Studie auf die Ergebnisse aus Köln und Mülheim an der Ruhr beschränken. Die erste Befragungswelle in Form von Face-to-face-Interviews (persönlichen Befragungen) fand vom Frühjahr 2016 bis Winter 2017 statt. Die zweite Welle erfolgte schriftlich im Frühjahr 2018.

Diese Studie ist die erste, die versucht, die drei beschriebenen Perspektiven von Akteuren miteinander zu kombinieren. Wir wollen damit dazu anzuregen, Integration als einen Prozess zu verstehen, in dem alle Parteien miteinander intera-



gieren und voneinander abhängen. Entsprechend stellen wir sozialräumliche Integration über die strukturierende Instanz der Verwaltung und andere Akteure der Integration dar, die Handlungsdirektiven und -begrenzungen vorgeben. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich die Integrationsbemühungen der Flüchtlinge sowie die Perspektive der städtischen Gesellschaft (Anwohner_innen) verstehen. Im Verlauf der Integration kommt es zwischen diesen Akteurebenen immer wieder zu Rückkopplungseffekten.

Integration von Flüchtlingen ins Wohngebiet

Die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen ist eine überaus komplexe Aufgabe. Die Kommunen sind verpflichtet, Flüchtlinge unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren. Sie entscheiden dabei über den Rahmen der Unterbringung, d.h. wo wie viele Flüchtlinge auf welche Art und Weise untergebracht werden (Lage, Größe, Bauform). Damit beeinflussen die Kommunen auch die Einstellungen der Anwohner_innen. Eine periphere Lage im Wohngebiet wird von den Anwohner_innen, z. B. in Saarn, nicht für günstig gehalten, wenn es um Kontaktchancen geht. Zudem führen große Unterkünfte mit wenig Privatsphäre zu Konflikten. In solchen Unterkünften besteht Tag und Nacht ein beträchtlicher Lärmpegel, der bei den Bewohner_innen Stress erzeugt. Diese Anspannung kann sich auch auf das Umfeld der Unterkunft übertragen und bei Anwohner_innen das Gefühl der Bedrohung verstärken. Das müssen die Kommunen auffangen, denn nun steht nach der ersten Phase der Versorgung der Grundbedürfnisse die langfristige Integration im Zentrum der Bemühungen.

Aus der Anwohner_innenbefragung geht hervor, dass sich ursprünglich ein Drittel der Befragten nicht mit dem Thema Flüchtlinge beschäftigt hat. Die Gruppe derer, die ursprünglich keine Meinung hatte oder sich als „neutral“ bezeichnete, hat sich inzwischen – wohl unter dem Einfluss der öffentlichen Debatte – weitgehend aufgelöst; die meisten stehen nun der Zuwanderung von Flüchtlingen eher skeptisch gegenüber.

Befürchtungen der Anwohner_innen

Fremde stellen eine vermeintliche Bedrohung dar, weil wir nicht wissen, wie sie denken und handeln. Die Verhaltenserwartungen sind unklar, ebenso die Sanktionen, mit denen die Erwartungen belegt sind. Fremde stellen aber auch eine (kulturelle) Bereicherung dar. Einschlägige Studien¹ zeigen jedoch, dass Muslime und Muslimas sowie der Islam eher als Bedrohung denn als Bereicherung angesehen werden. Die Zuwanderung der Flüchtlinge aus arabischen Ländern fällt nun unter dieses Vorurteil. Unsere Ergebnisse zeigen allerdings deutlich, dass

die Flüchtlinge von der großen Mehrheit der befragten Anwohner_innen akzeptiert werden, wenn sie aus politischen Gründen oder Kriegsgebieten kommen. Dennoch gibt es eine klare Grenze: Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen, werden durchweg abgelehnt. Viele Befragte unterscheiden zwischen dem Islam und Flüchtlingen; sie übertragen also nicht das bei einem Viertel (bzw. einem Drittel in der zweiten Befragungswelle) der Anwohner_innen vorhandene Vorurteil gegenüber dem Islam auf die (muslimischen) Flüchtlinge.

Ein erheblicher Teil der Befragten verbindet mit dem Zugang von Flüchtlingen jedoch andere Ängste. Danach befürchten z. B. 14,2 % voll und ganz, dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt größer wird, in der zweiten Befragungswelle sind es nur noch 9,3 %. Die Befürchtungen variieren insgesamt je nach Wohngebiet. Während beim angespannten Wohnungsmarkt in Köln hier in beiden Wellen ein größerer Anteil der Befragten die Sorge hegte, dass die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zunehme, sind es in den Mülheimer Wohngebieten deutlich weniger Befragte. Die Ängste liegen in den statusniedrigen Wohngebieten wie Köln-Ostheim und Mülheim-Mitte tendenziell höher. Angst und Bedrohung sind eher bei wenig Gebildeten, Älteren und Personen mit geringem Einkommen zu finden.

Positive Einstellungen zu Flüchtlingen und zu den Flüchtlingsunterkünften

Die Einstellung zu den Flüchtlingen und zu der Flüchtlingsunterkunft im Wohngebiet ist dennoch ganz überwiegend positiv; die Antworten hierzu sind sehr vielfältig. Auf die Frage „Was denken Sie heute über Flüchtlinge?“ haben die Befragten häufig mehrere, sehr differenzierte Antworten gegeben. 47,3 % der Befragten zeigen Mitgefühl für Flüchtlinge in Deutschland, 26,5 % sehen Flüchtlinge positiv, nur 5,1 % gaben an, dass sie Flüchtlingen negativ gegenüberstünden. 10 % finden jedoch, dass zu viele Flüchtlinge aufgenommen wurden, und weitere 12,1 % fordern eine Zuzugskontrolle. Dabei sind die positiven Äußerungen in dem statushohen Gebiet Köln-Rondorf zahlreicher als in Mülheim-Mitte und Köln-Ostheim, den beiden statusniedrigeren Gebieten. Die Unterschiede zwischen den Wohngebieten mit unterschiedlichem sozialen Status sind, wie erwartet, zu erkennen.

Wider Erwarten werden die Unterkünfte von den meisten Befragten akzeptiert. Das ist erstaunlich, denn die Befragten hätten ja auch nach dem Sankt-Florians-Prinzip antworten können: keine Unterkunft bei mir, sondern im Stadtteil X. Immerhin war für die Befragten, als sie in das Wohngebiet zogen, nicht abzusehen, dass dort eine Unterkunft für Flüchtlinge errichtet werden würde. Nun finden sie sich weitgehend mit die-



ser durch sie nicht beeinflussbaren Änderung ihrer Umgebung und der Konfrontation mit den Flüchtlingen ab. Unsere Frage zur Unterkunft lautete: „Im Wohngebiet in der Straße xxx ist ein Flüchtlingsheim eingerichtet worden. Dazu gibt es verschiedene Meinungen. Was denken Sie darüber?“ Insgesamt gab es (bei Mehrfachantworten) 72 % positive Antworten, nur 6 % lehnten die Unterkunft ab. Die positiven Urteile lauteten pragmatisch: „Irgendwo müssen sie ja hin“, „das ist ein gutes Viertel“ und „Wir sind ohnehin multikulti hier und es klappt ganz gut“. Darüber hinaus nehmen 20 % die Unterkunft oder daraus folgende Veränderungen nicht wahr. In der zweiten Welle sind diese positiven Tendenzen gar noch stärker ausgeprägt. Insgesamt liegt die Quote für positive Antworten bei 94,9 %. Nur vereinzelt wurden hier Vorbehalte gegenüber der Unterkunft geäußert. Dies spricht dafür, dass sich die ohnehin große Akzeptanz der Flüchtlingsunterkünfte im Wohngebiet nach dem Einzug der Flüchtlinge im Laufe der Zeit durch Gewöhnungseffekte und positive Erfahrungen, oder weil Befürchtungen nicht eingetreten sind, verstärkt. Zwischen den vier Wohngebieten gibt es jedoch deutliche Unterschiede bei der Akzeptanz der jeweiligen Unterkunft. Die Nennung „positiv“ ist in Köln-Rondorf, dem Wohngebiet mit einem hohen sozialen Status, besonders hoch. Mülheim-Mitte ist das einzige (innenstädtische) Wohngebiet, in dem die Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht sind. Hier wurde mit Abstand am häufigsten angemerkt, dass es sich um eine gute Art der Unterbringung handle.

Kontakte zwischen Anwohner_innen und Flüchtlingen

Unsere Studien enthalten zudem einen Test der Kontakttheorie. Diese besagt, dass Kontakte zwischen Angehörigen der Majorität einer Gesellschaft (hier: Anwohner_innen) und Angehörigen der Minorität (hier: Flüchtlinge) unter bestimmten Bedingungen zu Sympathie und zu verringerten Vorurteilen führen. Das zeigt sich auch hier: Der direkte Kontakt zu Flüchtlingen hat einen statistisch signifikanten positiven Einfluss auf die Akzeptanz von Flüchtlingen im Wohngebiet und baut zudem Ängste ab. Die Ergebnisse entsprechen somit der Theorie. Die Lage der Flüchtlingsunterkünfte spielt hier eine wichtige Rolle: Von den Anwohner_innen in Mülheim-Saarn hat nur ein Fünftel Kontakt zu Flüchtlingen, von denen in Mülheim-Mitte ein Drittel. Hieraus lässt sich für die Kommunen die zentrale Aufgabe ableiten, Ideen zu entwickeln, wie Kontakte oder Kontaktchancen zu schaffen sind. Dabei sollten wir davon ausgehen, dass eine Person mit starken Vorurteilen von sich aus nicht den Kontakt zu Migrant_innen oder Flüchtlingen suchen wird. Sie muss zu diesem Kontakt „gezwungen“ werden, wie es z. B. in einem Betrieb oder in einer Fußballmannschaft geschieht.

Unsicherheiten der Flüchtlinge

Der weitaus größte Teil dessen, was die Flüchtlinge in Deutschland erwartet, war ihnen wahrscheinlich unbekannt. Die Flüchtlinge handelten unter großer Unsicherheit. Sie nahmen erhebliche physische Anstrengungen und materielle Kosten auf sich.² Zudem ist unklar, ob sie jemals wieder in ihre Heimat zurückkehren können. In Deutschland sind sie nun erneut mit Risiken konfrontiert, beginnend damit, sich in einer höchst bürokratisierten Umgebung zurechtfinden zu müssen, deren Sprache sie überwiegend nicht beherrschen.

Die bestehenden Regelungen der administrativen Ebene führen darüber hinaus ebenfalls zu Unsicherheit bei den Flüchtlingen. Die Aufenthaltsberechtigung für ein Jahr (subsidiärer Schutz) ist ein solcher Unsicherheitsfaktor. Unsere Flüchtlingsinterviews zeigen neben aller Motivation, dass die Flüchtlinge unter diesen Umständen unsicher sind, ob sie überhaupt in ein Leben in Deutschland investieren sollen. Die Expert_inneninterviews machen zudem deutlich, dass die Arbeitgeber_innen unsicher sind, ob der oder die Geflüchtete, den/die sie einstellen wollen, nach einem Jahr wieder fort ist – lohnt es sich da, ihn oder sie überhaupt in Betracht zu ziehen? Nicht zuletzt liegt eine der wichtigsten Ursachen dieser Unsicherheit in der Dauer des Asylverfahrens auf der nationalen Ebene und damit bei dem lange überforderten Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Auch hier weisen die Interviews mit Expert_innen und mit Flüchtlingen in die gleiche Richtung: Asylsuchende waren und sind teilweise bis zum Abschluss des Verfahrens gezwungen, in einer Art Wartestellung zu verharren. Jede Investition ist im Grunde sinnlos, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht. Zudem bleibt für viele Flüchtlinge lange unklar, ob sie ihre Familie nachholen dürfen. Es bedarf dringend klarer Regelungen und Verfahrensweisen, die nicht nur eine schnelle Bearbeitung der Asylanträge, sondern auch deren konsistente Entscheidung sicherstellen.

Die Aussagen der Flüchtlinge über ihr künftiges Schicksal handeln jedoch nicht von dem (theoretischen) Gedanken der Integration. Ihre Ausführungen sind durchweg positiv, oft dankbar gegenüber Deutschland. Sie sind überwiegend von der Motivation geprägt, zukünftig hier in Deutschland zu leben. Insbesondere die Familien in unserer Stichprobe sorgen sich um ein gutes Leben für ihre Kinder in Deutschland.

Wie von allen Migrant_innen, wird auch von den Flüchtlingen erwartet, dass sie sich in die deutsche Gesellschaft integrieren. Sie sollen in ein Leben in Deutschland materiell



und symbolisch investieren. Dazu gehören der Schulbesuch der Kinder, das Studium oder eine Ausbildung und der Erwerb weiterer Qualifikationen, Berufstätigkeit, ein interethnisches Netzwerk und der Erwerb von Wohneigentum. Solche Investitionen lohnen sich für Migrant_innen nur, wenn der Staat sie als Bürger_innen akzeptiert und ihnen damit eine langfristige Perspektive als Eingewanderte bietet.

Ausblick

Abschließend ist zu betonen, dass alle Bemühungen auf der Ebene der Kommunen und der Individualebene nur erfolgreich sein können, wenn sie durch eine nationale Asyl- und Integrationspolitik unterstützt werden. Ein Aussitzen des Syrienkonflikts und das Hoffen auf eine Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat tragen ein erhebliches Konfliktpotenzial in sich und können nicht das Ziel deutscher Politik sein. Es wird wichtige Zeit verschwendet, die genutzt werden könnte, um Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, die auf absehbare Zeit keinesfalls in ihre Heimatländer zurückkehren können. Die Integration der Flüchtlinge wird auch in den nächsten Jahren eine der großen gesellschaftlichen Aufgaben darstellen, deren Ausgang ungewiss ist. Jedoch ist dieser Ausgang kein festes Schicksal, sondern wird das Ergebnis dessen sein, was die deutsche Gesellschaft bereit ist, in diese Integration zu investieren. Der Wille dazu dürfte nach unseren Erkenntnissen in weiten Teilen der Bevölkerung gegeben sein.

Literatur und Anmerkungen

1 – Beispielhaft: Foroutan, Naika (2013): Identity and (Muslim) Integration in Germany, Washington DC: Migration Policy Institute; siehe auch: Vopel, Stephan/El-Menouar, Yasemin (2016): Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015 – Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

2 – Brücker, H./Rother, N./Schupp, J. et al. (2016): Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. In: DIW-Wochenbericht 83 (46), S. 1103–1119.

Über die Autor_innen

Prof. em. Dr. Jürgen Friedrichs – Ehemaliger Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie an der Universität zu Köln. Seit 2007 ist er emeritiert und war bis zu seinem Versterben im Februar 2019 weiterhin in der Lehre und Forschung am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie tätig.

Felix Leßke M.A. - Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln sowie Doktorand am Fachbereich Soziologie der Universität Bonn.

Vera Schwarzenberg, M.A. – Ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln. Seit April 2019 arbeitet sie als Junior-Advisor bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Impressum

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.),
Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080,
E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand: Prof. Dr. Dirk Messner,
Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

FGW-Themenbereich: Integrierende Stadtentwicklung
Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied (Hrsg.)
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent (Hrsg.)

Layout: Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes
Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, Juli 2019

ISSN: 2512-4765

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung 16
www.fgw-nrw.de/studien/stadtentwicklung16.html

